

Sonntag.

Nr. 302.

27. December 1857.

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich Nachmittags für den folgenden Tag.

Preis für das Vierteljahr
1½ Thlr.; jede einzelne
Nummer 2 Mgr.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Duerstraße Nr. 8).

Insertionsgebühr
für den Raum einer Zeile
2 Mgr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

• Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz! •

Zur deutschen Einheit.

Die Kölnerische Zeitung enthält folgenden Artikel: „Die Neue Preußische Zeitung sprach vor kurzem in einem durch mehrere Nummern hindurchgehenden Artikel mit der Ueberschrift «Wie wird Deutschland einig?» Gedanken und Urtheile aus, die ebenso wenig mit den Gesetzen der Logik als mit der geschichtlichen Wahrheit im Einklange standen. Wenn auch viel von der Nothwendigkeit einer «Einigkeit» unter den deutschen Staaten redend, warnte das Blatt doch nachdrücklich vor jedem Versuche, eine «Einheit» Deutschlands herzustellen — als ob es nicht eine durch unzählige Beispiele aus der Geschichte erhärtete Thatsache wäre, daß in einem Handeln nur Dingen auftreten können, die sich einer einheitlichen Leitung unterwerfen. Aber die Neue Preußische Zeitung hält eben jede «Einheit» Deutschlands für unmöglich und sucht diese Behauptung zu beweisen durch die Hinweisung auf den dänischen Gesamtstaat, an dessen Lebensmark die Feindschaft der durch Zwang in ihm aneinander gesetzten verschiedenen Volksstämme zehrte. Man traut seinen Augen kaum, wenn man liest, daß die deutschen Volksstämme kein einheitliches Staatswesen bilden könnten, weil Deutsche und Dänen sich nicht vertragen! Aber die Neue Preußische Zeitung meint wirklich, die deutschen Volksstämme verhielten sich zueinander wie ganz fremde Nationalitäten; der Pommern und Badener, so meint das Organ der ritterhaften Partei, begegnen sich nur in Grimm's «Deutschem Wörterbuche», sind aber sonst grundverschiedener Art. Wie stimmt dies zu der Thatsache, daß Hohenzollern zum preußischen Staatsverbande gehört? Der Hohenzoller ist ganz derselben Stammesart wie der oberländische Badener; und doch begegnen sich Pommern und Hohenzollern nicht bloß in Grimm's «Wörterbuche», sondern auch im preußischen Heere, in der preußischen Verwaltung und in der preußischen Volksvertretung. Und hat denn die Neue Preußische Zeitung die deutsche Geschichte der letzten 50 Jahren ganz übersehen? Man nehme doch nur die Karte Deutschlands zur Hand und sehe, aus wie vielen durch Stammesart und eigenthümliche geschichtliche Entwicklung verschiedenen Bestandtheilen die meisten deutschen Staaten zusammengesetzt sind. Die Bewohner von Königsberg und Trier, von Glad und Stralsund, sind sie weniger verschieden in Art und Sitte, in Sprache und Religion als der Pommern und der oberländische Badener? Seit wann stehen diese Provinzialitäten in einem solchen feindlichen Gegenseite, daß sie die einheitliche Kraft des preußischen Staats durch ihre Unvereinbarkeit lähmten? Wir sollten meinen, gerade die Existenz des preußischen Staats, der so reich an Stammes-eigenthümlichkeiten seiner Bewohner ist, gebe den sonnenklaren Beweis, daß das ganze niederrösterreichische Deutschland eine staatliche Einheit bilden kann. Aber nicht bloß Preußen liefert diesen Beweis; sind doch mit wenigen Ausnahmen alle deutschen Staaten in den Jahren 1803, 1806 und 1814 aus den mannigfaltigsten Sonderthümlichkeiten zu neuen Ganzen zusammengesetzt worden. Bayern hat die alten brandenburgischen Fürstentümmer Anspach und Bayreuth, die fränkischen Bischoftümer Bamberg und Würzburg, einen bedeutenden Theil von Schwaben zwischen Lech und Iller, und einen Theil der Pfalz mit sich verbunden; das altprotestantische Württemberg ist durch das katholische, ehemals österreichische Oberschwaben, Baden, durch pfälzische Gebiete im Norden und durch österreichische im Süden vergrößert worden. Darmstadt hat Thelle von Mainz und der Pfalz, Kurhessen das Westphalen zu erhalten, Hannover das echt preußisch gesinnte Ostfriesland und das katholische Hildesheim; Nassau besteht aus 24 vor 50 Jahren noch selbständigen Theilen. Ja, mit den Marschgebieten des lutherischen Oldenburg ist ein Theil des katholischen Münsterlandes, ja, selbst das weitestliegende rheinische Fürstentum Birkenfeld an Einen Staatskörper gespannt. Hat man jemals gehört, daß auch nur einer dieser so kurze zusammengefaßten Staaten an dem Stammeshof seiner Bewohner stände? Im Gegenteil; alle diese Besonderheiten sind schnell zu neuen Ganzen verschmolzen. Um so viel bereitwilliger und freudiger würden sie aber in ein mächtiges deutsches Gesamtreich sich einfügen, das alle Pulse des Handels und Gewerbes neu beleben und jedem seiner Glieder das freudige und stolze Bewußtsein geben würde, daß er einem im Range der Nationen mächtigen Staat angehört. Die Neue Preußische Zeitung hält den Freunden der deutschen Einheit das Drohbild eines Kriegs-Uller gegen Alle, aber die Geschichte der deutschen Staaten in den letzten 50 Jahren spricht ihre Prophezeiungen Lügen.“

sollen, so dürfen sie am wenigsten durch falsche Scham oder durch Zweifel am Erfolge sich von ihrer Uebung nach Gewissenhaftigkeit abhalten lassen. An sie ergeht aber noch eine ernstere Mahnung. Es war nicht ein verdienter Lohn, der in der Souveränität ihnen damals zufiel, als der Kaisermantel zerrissen und in Tezen vertheilt wurde; es war nicht eine gerechte Züchtigung, daß dem Volke die tausendjährige Verfassung genommen und es wie herrenloses Gut vertheilt ward. Die Souveränität ist noch etwas Neues und hat erst noch Wurzeln zu schlagen, zumal in der Art, wie sie seit 1849 zugespielt worden ist. Wer den Ursprung durch Wohlthaten vergessen macht, wer mit dem Bestehen durch Wohlthaten versöhnt, der sorgt für sich und für seinen Stamm. Das Jahr 1849 hat eine Menge Münen und eine Menge Bausteine zurückgelassen, ja es fehlt nicht an Material aus den Zeiten des Reichs. So möge denn endlich sich der Wetteifer zeigen in der Sorge für die Gesamtheit und die Ueberzeugung durchbrechen, daß die Thätigkeit dem Arbeiter selbst und den Seinen zumeist zu gute komme.“

Preußen. 24. Dec. Heute Abend wird das Bescherungsfest der Mitglieder des königlichen Hauses, welches in jedem Jahre am Weihnachtsabend beim König stattzufinden pflegte, im Palast des Prinzen von Preußen gefeiert werden. — Wir hören andeuten, daß es noch nicht gewiß ist, ob die Prinzessin von Preußen am 2. Jan. nach Koblenz zurückkehren werde. Ein längeres Verweilen derselben hier in Berlin möchte vielmehr gegenwärtig wahrscheinlicher sein. — In hiesigen militärischen Kreisen spricht man davon, daß der gegenwärtige Vicegouverneur von Mainz, General v. Bonin, das Commando über das 8. Armee-corps erhalten werde. Auf die Stelle des Generals v. Bonin werde der gegenwärtige Kriegsminister, Graf v. Waldersee, nach Mainz kommen. Als Kriegsminister wird der General v. Hermann bezeichnet. Wirtheiten diese Angaben so mit, wie sie in den besagten Kreisen hier verbreitet sind, ohne für deren volle Richtigkeit irgend einschreiten zu können. — Wir hören es als begründet bezeichnen, daß sich das englische Cabinet auch mit der Lösung der Angelegenheit der deutschen Herzogthümer über die gegenwärtige deutsch-dänische Streitfrage hinaus beschäftigt, wenn diese Erwägungen vor der Hand auch noch nicht in den Gang der Unterhandlungen wirklich eingreifen. Von deutscher Seite ist es anzuerkennen, daß England der gewonnenen Bessern Einsicht in die Verhältnisse der Herzogthümer seinerseits sehr Rechnung zu tragen bemüht ist. Die Gerechtigkeit, welche die deutschen Elemente in dem Herzogthum Schleswig beanspruchen können, wird ihnen, wenn auch noch nicht jetzt, so doch in Zukunft werden. Die Zeit wird den Beweis liefern, daß Schleswig nicht Südjütland ist, wie ein bekanntes dänisches Blatt es vor einigen Wochen nannte. Für die Schwierigkeiten, welche in Bezug auf Schleswig gegenwärtig obwalten, wird auch eine Lösung gefunden werden. Im Augenblick kann der Deutsche Bund nur die Herzogthümer Holstein und Lauenburg ins Auge fassen, wenn die Frage ihren reindeutschen Charakter beibehalten soll.

— Die Hamburger Nachrichten berichten in Betreff der von verschiedenen Seiten gemachten Mittheilung über eine Anleihe der Stadt Lübeck in Berlin, daß nach anderweitig ihnen zugehenden verlässlichen Nachrichten diese Anleihe in der That nicht zustande gekommen sei, die preußische Regierung habe dieselbe nur unter Modalitäten bewilligen wollen, welche man in Lübeck nicht acceptirt zu dürfen geglaubt hätte. Die «Zeit» bemerkt dazu: „Ob dies der zutreffende Grund, oder ob richtig ist, daß, wie man sagt, die Verlegenheiten, welche Lübeck zu Verhandlungen über eine Anleihe Veranlassung gaben, bestätig wären, müssen wir dahingestellt sein lassen; im Übrigen aber wird uns die Mittheilung der Hamburger Nachrichten von unterschiedeter Seite bestätigt.“

Das preußische Hauptbankdiretorium macht unten 22. Dec. bekannt, daß zur Erleichterung des Geldverkehrs angeordnet sei, daß die Noten der inländischen Privatbanken fernerhin nicht nur von den Bankstellen der Provinz, in welcher jene Bayen ihren Sitz haben, sondern auch von allen übrigen Filialanstalten der Preußischen Bank in Zahlung angenommen werden. Ausgenommen hierauf sei jedoch die Magdeburger Privatbank, welche die Annahme ihrer Noten bei den Bankassen nicht wünsche.

— Ein Raub- und Mordanschlag auf den Kaufmann und Destillateur K. zu Elbing bildet dort das allgemeine Lagesgespräch. Mr. K. hatte sich durch ein anonymes, ihm durch die Stadtpost zugegangenes Schreiben, daß ihm den Abschluß eines lohnenden Geschäfts vertrieb, verleiten lassen, am Freitag 5½ Uhr Nachmittags nach der königlichen Chaussee, dem bezeichneten Stelldichein, zu gehen. Dort gesellten sich auch zwei anständig gekleidete Männer zu ihm, die sich als die Absender des Briefs bezeichneten und ihn aufforderten, zur näheren Besprechung des Geschäfts mit ihnen nach der Chaussee weiter entlang zu gehen. Eine Strecke von den letzten

Deutschland.

— Indem die Frankfurter Postzeitung die Hülse erwähnt, welche Preußereich Hamburg gewährt, Preußen Lübeck hat angedeihen lassen wollen, sagt sie weiter: „So schönem Weltelster sind aber auch Andere berufen. Alle Guesten Deutschlands. Haben sie gleiche Rechte im Bunde, so ruhen auf ihnen auch gleiche Pflichten: und wenn die gleichen Rechte verdient sein